



Die Aufgaben des Rätekongresses.

Drei Reden

AK-0-3566

gehalten in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrates
am Dienstag, 11. März 1919

von den Genossen J. Kieper, S. Laufenberg, S. Stubbe.

Genosse Kieper:

Wenn wir uns heute mit dem Rätekongress beschäftigen, dann müssen wir uns mit der Räteidee überhaupt beschäftigen. Der kommende Kongress wird eine andere Bedeutung haben als der erste, der kurz vor Weihnachten in Berlin tagte. Damals wiegte man sich noch in dem Wahne, in einer sozialistischen Republik zu leben. Der Rätekongress im Dezember hatte die Aufgabe, die sozialistische Republik zu fundieren und zu begründen. Diese Aufgabe kann der neue Kongress nicht erfüllen, weil er nicht das Organ ist, das der erste Kongress war: der Vertreter der Revolution, und weil er keine politische Macht besitzt. Mußte der erste Kongress sich mit manchen Kleinigkeiten beschäftigen, wie zum Beispiel mit dem Bericht des Vollzugsrats und mit den Forderungen der Truppen, von denen man jetzt nichts mehr hört, so hat der neue Kongress andere Aufgaben. Wenn er sich gleichfalls mit der Sozialisierung befaßt, so in anderer Weise als der erste Kongress und nur so weit, als die Sozialisierung mit der Räteidee im Zusammenhang steht.

Auch die Frage: Nationalversammlung und Räteystem wird diesmal wieder eine Rolle spielen, wenn auch nicht in dem Maße wie im Dezember. Der erste Rätekongress hat sich selbst den Strich um den Hals gelegt, indem er beschloß, die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar stattfinden zu lassen und die Macht in die Hände dieser Nationalversammlung zu legen. Damit war dem Räteystem das Rückgrat gebrochen. Zudem die politische Macht auf die Nationalversammlung übertragen wurde, war es mit der sozialistischen Republik vorbei, war Deutschland eine bürgerliche Republik geworden.

Es gab so unendlich viele, die die Illusion hatten, daß die Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit bringen müsse. Viele sind ja jetzt aus diesem Traum erwacht. Die Forderung der Revolution ist die sozialistische Republik, ist die Sozialisierung der Betriebe. Heute müssen wir gestehen, daß die Revolution die Forderung der sozialistischen Arbeiter nicht verwirklicht hat. Das wird erst das Werk einer zweiten Revolution sein. Es scheint ein Gesetz in der menschlichen Geschichte zu sein, daß jede Revolution die Ziele der vorhergehenden verwirklicht. Es war das Ziel der russischen Revolution von 1905, den Zarismus zu beseitigen, aber erst der folgenden Revolution, der Märzrevolution von 1917, ist es gelungen, den Zaren zum Teufel zu jagen. Aber warum in die Ferne schweifen, wo wir die gleiche Erscheinung in Deutschland zu verzeichnen haben? Hier hat erst nach 70 Jahren die zweite Revolution die demokratischen Forderungen von 1848 verwirklicht und noch nicht einmal restlos. So ist die Trennung von Kirche und

DSB DV
Bücherei

A

K

O

3566

Staat, diese alte liberale Forderung, heute noch nicht einmal durchgeführt. So hat uns die November-Revolution wohl die Demokratisierung des deutschen Staatswesens gebracht, hat die bürgerlich-demokratischen Forderungen erfüllt, aber weiter sind wir auch nicht gekommen. An welchen Umständen mag das liegen? Das zu beantworten, wird mit die Aufgabe des nächsten Rätekongresses in Berlin sein.

Wenn wir jetzt sehen, daß die bürgerliche Demokratie, wie sie in der Nationalversammlung verkörpert ist, uns nicht den Sozialismus bringen kann, dann haben wir zu untersuchen, ob nicht andere Wege notwendig werden, um zu unserm Ziele zu kommen. Wir haben also als Erfolg der Revolution zu verzeichnen, daß Deutschland eine demokratische Republik geworden ist, ein kapitalistisches Staatswesen mit demokratischen Formen. Wenn wir früher die demokratischen Weststaaten, Frankreich, England, Amerika, die uns nie als Ideal erschienen, gegenüber dem rückständigen reaktionären Preußen-Deutschland lobten, dann wurde uns immer gesagt, daß wir unter der Hohenzollernherrschaft besser lebten als in einer bürgerlichen Republik. Heute versuchen dieselben Leute, die früher die bürgerliche Demokratie in den anderen Ländern verspotteten, sie in unserm Lande als Ideal hinzustellen. Wir haben also eine bürgerliche Republik, und das bedeutet, daß wir im Kapitalismus leben. Damit kommen unsere Vorwürfe gegen diese Wirtschaftsordnung wieder in vollem Umfange auf die Tagesordnung. Wenn man heute in einem Staatswesen, in dem der Kapitalismus seinen vollen Einfluß geltend macht, Verstaatlichungen vornimmt, so ist das keine Sozialisierung, sondern Staatssozialismus, das heißt Staatskapitalismus.

Wir haben uns immer wieder die Frage vorzulegen: Wenn die bürgerliche Demokratie uns nicht zum Ziele geführt hat, welcher andere Weg ist dann zu beschreiten? Damit wollen wir die Frage auf: Demokratie oder Räteystem? oder besser gesagt: Diktatur des Proletariats, wie das jetzt so stark verfehmte Schlagwort lautet. Ueber diese Frage müssen wir uns verständigen. Wir müssen prüfen, was in den Verhältnissen begründet ist. Nur dann können wir uns über den Weg klar werden, der uns zum Ziele führt. Man hat so oft über das Räteystem gespottet, aber eins ist doch von allen Seiten anerkannt worden, daß die Arbeiterräte trotz der Fehler, die sie begangen haben, doch vieles erreicht haben, und daß es ihnen möglich gewesen ist, eine leidliche Ordnung in Deutschland herzustellen. Auf dem Rätekongreß im Dezember hat Max Cohen sich in diesem Sinne geäußert. Selbst Scheidemann hat das anerkannt, wenngleich er die Arbeiter- und Soldatenräte für eine vorübergehende Erscheinung erklärte.

Wenn wir jetzt unsere Programmpunkte über die Demokratie verwirklicht haben, dann müssen wir uns nach neuen Zielen umsehen. Darüber sind wir uns einig, daß wir in der kapitalistischen Gesellschaft nach der Demokratie zu streben haben. Von unsern Führern ist uns früher oft die Demokratie als ein bürgerliches Kampfmittel hingestellt worden. Was wir als Demokratie sehen, das ist die staatliche Form, der Parlamentarismus, den wir in den letzten Jahrzehnten in allen modernen Staaten gehabt haben. Das Bürgertum hat sich den Parlamentarismus als Kampfmittel gegen den Absolutismus geschaffen. Der Genosse Mehring hat in glänzendster Weise gezeigt, daß es die wirtschaftliche Macht des Bürgertums war, die eine Demokratisierung des Staates durch den

AKK-0-356

Parlamentarismus errang. Ohne die Geldnot des französischen Königs würden 1789 nicht die Generalkstände in Frankreich zusammenberufen sein, und ohne die Finanzklemme Friedrich Wilhelms IV. wäre der vereinigte Landtag für Preußen 1847 nicht einberufen worden. Hierin sehen wir den Anfang des Parlamentarismus in Frankreich und Deutschland. Je größer die wirtschaftliche Macht des Bürgertums wurde, um so steigender Einfluß mußte es sich auf die Gesetzgebung zu verschaffen und das Staatswesen für seine Zwecke zu demokratisieren. Wenn wir so die Demokratie, den Parlamentarismus als das bürgerliche Kampfmittel kennen gelernt haben, haben wir uns zu fragen, ob sie auch dem Proletariat das bringen kann, was es von der Zukunft erwartet. Aber der Kapitalismus hat die Demokratie nur soweit anerkannt, als sie für seine Zwecke notwendig war. Während der 4½ Jahre Weltkrieg wurde die Demokratie vom Bürgertum mit Füßen getreten, weil sie eine Gefahr für die kapitalistischen Kriegsziele war. Weil Versammlungsrecht und Pressefreiheit die Mittel gewesen wären, mit denen man schneller, als es jetzt leider möglich war, die Proletariermassen über den kapitalistischen Charakter des Weltkrieges aufzuklären, deshalb bedrohten sie die bürgerlichen Interessen und wurden abgeschafft oder zum mindesten stark eingeschränkt. Wo sind denn all die Leute, die heute nach der Demokratie schreien, vor einem Jahre gewesen? Haben wir damals in Deutschland ein Geschrei nach Demokratie gehört? Weil sie für den Kapitalismus nicht zweckmäßig war, schrie man nicht nur nicht nach ihr, sondern schaffte sie ab und führte dafür die Diktatur der Generale ein. Daran sehen wir, daß das Bürgertum die Demokratie nur so lange anerkennt, wie es Vorteil davon hat. Deshalb sollten uns diese Leute mit ihrem Geschrei, daß wir durch das Räteystem die Demokratie verlegen, nur vom Leibe bleiben. Wir haben uns zu überlegen, ob die bürgerliche Demokratie für uns als Kampfmittel in der Zukunft noch von derselben Bedeutung sein kann, wie bisher. Wenn wir uns die Wahlen in den kapitalistischen Staaten vor Augen führen, so werden wir sehen, daß der Parlamentarismus nicht das Mittel ist, mit dem wir zu einer sozialistischen Gesellschaft kommen. Die Demokratie ist immer eine Herrschaft der Minderheit, der besitzenden Klassen gewesen. Dies finden wir durch die ganze menschliche Geschichte, in den Demokratien des Altertums wie in den modernen. In den modernen Demokratien verstehen es die herrschenden Klassen nicht nur mittels der wirtschaftlichen Macht, des Geldbeutels, sondern auch durch den Tiefenapparat der Presse einen ungeheuren Einfluß auszuüben. Bei der Presse wäre es einmal angebracht, von der Demokratie, von dem Verhältniswahlssystem zu reden. Wäre die Presse nach dem Verhältnis der Parteiengröße verteilt, dann würden die sozialistischen Parteien einen andern Einfluß ausüben als heute. Aber in der kapitalistischen Gesellschaft ist natürlich nicht daran zu denken, daß in dieser Weise die kapitalistische Pressefreiheit verletzt wird. Die bürgerliche Presse übt politisch einen demokratisierenden Einfluß auf einen großen Teil des Proletariats aus, und viele von denen, die ihrer Lage nach zu uns gehören, werden durch die kapitalistische Presse von unserer Weltanschauung ferngehalten.

Ist man bei der Wahl zur Nationalversammlung demokratisch vorgegangen? In wie vielen agrarischen Betrieben ist die Wahlbeeinflussung genau so geübt worden wie vor der Revolution? In

wie vielen Betrieben auf dem Lande sind noch Maßregelungen vorgenommen worden, wenn man herausbekam, daß ein Arbeiter sozialistisch gewählt hatte? Und wieviel Dienstmädchen sind von ihrer Herrschaft beeinflusst und gezwungen worden, so zu wählen, wie die höchsbliche Herrschaft es für nötig hielt? In diesen Beispielen kann man erkennen, wie die bürgerliche Minderheit durch ihre wirtschaftliche Macht die Demokratie beeinflusst. Und wer von uns, der vor einem Wahllokal bei der Nationalwahl Stimmzettel verteilte, hat nicht bemerkt, daß eine große Anzahl Wähler überhaupt nicht wußte, wem sie ihre Stimme zu geben haben? Solange es eine wirtschaftliche Ausbeutung gibt, solange wird es auch in den Demokratien immer eine Minderheit sein, die sich mit Politik eingehend beschäftigt. Wir Deutschen brüsketen uns stets, die politisch geschulteste Arbeiterklasse und die größten Organisationen zu besitzen, und sehen wir uns das Verhältnis in Deutschland an. Wir haben vielleicht in den sozialistischen Parteien anderthalb Millionen Proletarier organisiert. Wir machen viel Aufhebens davon, daß es in den Gewerkschaften gar 8 Millionen sind, und das bei einer in Betracht kommenden Lohnarbeiterschaft von 15 Millionen. Prüfen wir einmal ernsthaft, wie viele sind es denn, die begriffen und erfaßt haben, was der Zweck und die Ziele unserer Organisation sind. Und wir müssen sagen, daß es nur eine kleine Zahl ist. Wir erkennen hierbei wieder, was wir bei allen Demokratien finden, daß es immer eine Minderheit ist, die in ihnen die Herrschaft ausübt.

Da die Demokratie in der Geschichte immer eine bestimmte Staatsform darstellt, müssen wir versuchen, uns über den Charakter des Staates Klarheit zu verschaffen. Darüber sind wir Sozialdemokraten uns alle einig, daß der Staat nicht immer bestanden hat und daß er einmal verschwinden wird. Einer der Großmeister des Sozialismus, Friedrich Engels, hat uns gelehrt, daß der Staat sich erst gebildet hat, als das Privateigentum aufkam und mit ihm die Klassen entstanden. Damit nun nicht diese Klassen mit ihren widersprechendsten Interessen durch fruchtlose Kämpfe den Bestand der Gesellschaft gefährdeten und die Ordnung störten, wurde eine Organisation gebildet, die, mit Machtmitteln ausgerüstet, in der Lage war, der Gesellschaft ein einheitliches Gepräge aufzuzwingen, und die dabei den Schein erweckte, über den Klassen zu stehen. Diese Organisation ist der Staat. Es ist verständlich, daß in jedem Staatswesen die wirtschaftlich Stärksten auch geherrscht haben. Der Staat ist eben, wie das kommunistische Manifest mit Recht sagt, der Ausschluß der herrschenden Klassen. Der Staat ist also ein Unterdrückungsmittel der herrschenden Klasse gegen die Beherrschten. Auch der moderne Staat hat sich seine Zwangsmittel geschaffen, die in der gemeinsten Weise benutzt worden sind. Denken wir nur an das stehende Heer, die Gendarmerie, die Polizei, die Gefängnisse und Zuchthäuser und dann an die Gerichte. Die Gerichte sind ja auch so eine demokratische Staats Einrichtung, und wir alle wissen, daß sie ein Unterdrückungsmittel der Herrschenden sind und haben es früher oft gesagt, indem wir von Klassenjustiz sprachen. Wenn der Staat ein Unterdrückungsinstrument ist, um die Interessen der Herrschenden zu vertreten und durchzuführen, so werden wir uns fragen müssen, ob wir den Staat als solches Mittel nicht auch einmal in die Hand nehmen müssen. Wenn wir den Staat nicht als Unterdrückungsmittel gegen die bisherigen Klassen gebrauchen, dann geben wir die Macht an das Bürgertum wieder ab. Darüber müssen wir uns klar

sein. Solange wir das Staatswesen nicht gegen das Bürgertum gebrauchen, kommen wir nicht zum Sozialismus. Es entsteht die Frage, welche Form die Staatsmacht besitzen muß, die wir für unsere Zwecke anwenden wollen. Bisher ist die Eroberung der politischen Macht nicht ausgenutzt worden. Wie schon gesagt, wird auch hier eine zweite Revolution das nachholen müssen, was die erste versäumt hat. Wenn ich auch nicht der Meinung bin, daß diese zweite Revolution morgen oder übermorgen oder in einigen Wochen kommt, kommen muß sie, sonst gelangen wir nicht zum Sozialismus.

Wenn wir das Staatswesen in der alten Form in die Hand nehmen, sind wir noch keinen Schritt weiter. Wenn wir uns hinsetzen und nur reden und dem Kapitalismus die Ausführung überlassen, dann werden die Dinge im Interesse des Kapitals weitergedreht werden wie bisher. Blicken wir nach Frankreich und Amerika. Die Länder mit den bisher demokratischsten Formen sind auch die, in denen der Kapitalismus am offenkundigsten und brutalsten die Staatsgewalt in seine Dienste gezwungen hat. Wir wissen alle, welche Rolle die Bestechung in diesen Staaten spielt. Wir wissen ferner, wie eng Börse und Regierung miteinander verbunden sind. Es wird hier keiner aufstehen und das bestreiten wollen. Moralischer als in Amerika sind wir doch auch nicht. Im Gegenteil, der Weltkrieg hat eine grauenerregende Unmoralität gezüchtet, die nicht dazu angetan ist, die Widerstandskraft gegen Bestechungen zu stärken.

Wie sollen sich die Dinge gestalten, wenn wir einmal die Herrschaft in die Hände nehmen. Auch hier wird es am zweckmäßigsten sein, die Geschichte zu befragen, weil solche Dinge nicht in dem Kopfe eines einzelnen erfunden werden, sondern sich aus den Verhältnissen entwickeln. Wir haben die Aufgabe, die Entwicklungstendenzen zu erkennen und zu propagieren, damit die Entwicklung beschleunigt wird.

Wir haben in der Geschichte noch nicht rein proletarische Revolutionen gehabt; aber wir haben eine gehabt, auf die sich Bebel häufig berufen hat und die auch uns hier als Beispiel dienen mag, nämlich die Kommune von 1871. Ich will hier einfließen, alle die Greuelthaten, die heute die Spartakisten begehen sollen, sind genau in derselben erlogenen Weise den Kämpfern der Kommune angehängt worden. Damals war es Bebel, der unter dem Wutgeheul des Bürgertums sagte: „Jawohl, wir treten für diese Bewegung, wir treten für die Kommune ein.“ Bei jeder Bewegung, die von den unteren Schichten des Volkes ausgeht, finden wir, daß sie von ihren Gegnern auf das gemeinste verleumdete wird. So hat man es mit der Pariser Kommune gemacht, so macht man es auch heute.

Die Kommune war die erste Revolution, die sozialistische Formen angenommen hatte. Was finden wir in der Kommune? Wir finden, daß mit dem Uebergang der Regierungsgewalt in die Hände der Arbeiter sich eine neue Regierungsform bildete, nämlich die Kommune. Sie war zusammengesetzt aus den Stadträten, die in den verschiedenen Departements gewählt waren. Sie war kein Parlament, in dem nur geschwätzt wurde, sondern sie war ein gesetzgebendes und ausführendes Organ zugleich. Vielleicht zeigt sich darin ein Weg für die Zukunft. Auch wir werden Arbeitsparlamente errichten müssen, deren Mitglieder die Gesetze geben, denen aber zugleich die Durchführung dieser Gesetze obliegt.

Eine andere Forderung, die mir für die Einführung einer proletarischen Herrschaft notwendig erscheint, ist die Festsetzung eines Höchstgehalts. Auch darin ist die Kommune uns ein Beispiel, sie setzte fest, daß keiner ihrer Angestellten über 6000 Französisches Einkommen erhielt. In der kapitalistischen Gesellschaft ist das anders. Da müssen große Repräsentationskosten gezahlt werden. Es wird erzählt, daß Ebert als Präsident der deutschen Republik 1 Million Mark erhält. Das sind kapitalistische Mägen, mit denen wir als Arbeiter zu brechen haben. (Zuruf: Das ist wahr!) Genossen und Genossinnen! Ob Ebert 1 Million oder 15 Millionen erhält, ist mir völlig gleichgültig, mir ist ebenso gleichgültig, ob Ebert oder Haase sie bekommt. Ich wollte mit diesem Beispiel nur zeigen, daß wir uns noch in der kapitalistischen Gesellschaft befinden.

Eine weitere Forderung, die wir erheben müssen, ist noch, daß wir jederzeit unsere Vertreter zurückrufen können. Ich meine, das ist das mindeste, was wir fordern müssen. Das gilt auch für die Beamten in den Verwaltungskörperschaften. Nur durch solche Maßnahmen können wir uns allmählich die Garantie verschaffen, daß die Beamten nicht den Schmiergebern der Kapitalisten unterliegen. Das sind die Lehren, die wir bisher aus der Revolution ziehen konnten.

Wie soll nun die Regierungsgewalt aussehen, die wir uns schaffen müssen? Genau kann das heute kein Mensch sagen, nur das eine können wir behaupten, daß die Regierungsform der Zukunft das enthalten muß, was uns die Kommune gelehrt hat: Die Gesetzgebung und Verwaltung in einer Hand. Das scheint mir die Form der proletarischen Demokratie zu sein.

Wenn wir weiter in der Geschichte der Revolution nach der proletarischen Demokratie ausschauen, so müssen wir nach Rußland sehen. In der russischen Revolution 1905 schufen sich die Arbeiter eine neue Form der Vertretung, die Arbeiterräte. Es ist wenig bekannt, daß der erste Arbeiterrat im September 1905 in Moskau gebildet wurde. Im Streik der Buch- und Steindrucker, der der Vorbote des großen Oktoberaufstandes 1905 war, wählten sich die Arbeiter dieses Berufes ihre Delegierten, die als Rat der Deputierten der Buch- und Steindrucker den Streik leiteten. Dieser Rat diente auch dem später so berühmten Arbeiterdeputiertenrat von Petersburg als Muster. Während des Streiks haben die Arbeiterräte eine ungeheure Tätigkeit entfaltet. Sie vertraten einen immer größeren Teil der Arbeiterschaft. So waren z. B. am 14. Oktober im Petersburger Arbeiterdeputiertenrat 42 Betriebe und 3 gewerkschaftliche Verbände vertreten, Mitte November waren es schon 147 Fabriken, 84 große Handwerksstätten und 16 gewerkschaftliche Verbände. Welch großen Einfluß sie ausübten, geht daraus hervor, daß sie, als der Zarismus Kronstädter Matrosen vor ein Ausnahmegericht stellen wollte und in Polen den Ausnahmezustand erklärte, durch Inzenerierung des Novemberstreiks es fertigbrachten, daß die Blutschergen des Zarismus vor dem Schlimmsten zurückschreckten. Bemerkenswert ist noch, daß sich unter dem Einfluß der Arbeiterräte viele Gewerkschaften gebildet haben. Man mag nun sagen, daß die Arbeiterräte für Rußland eine solche kolossale Bedeutung gehabt haben, weil dort die Partei und die Gewerkschaften nicht so entwickelt waren wie in Deutschland, und daß deshalb die Form der Arbeiterräte bei uns in Deutschland nicht notwendig sei. Der Gedanke der Arbeiterräte paßt auch für uns noch. Wir haben heute eine zer-

spaltete Arbeiterschaft und kein Organ, in dem die Arbeiter zu einer Einheit zusammengefaßt werden. Dieses einheitliche Organ kann sie nur in den Arbeiterräten finden. Insofern gewinnen auch die russischen Verhältnisse für Deutschland eine Bedeutung. Ich will in diesem Rahmen auf die Tätigkeit der Arbeiterräte in der russischen Revolution nicht weiter eingehen. Ich will nur feststellen, daß eine so lebhaft verbundene Verbindung zwischen den Wählern und den Delegierten bestand, daß, als die Revolution zu verebben drohte, die Arbeiterräte es fertig gebracht haben, große Streiks zu entfachen und damit in der Zeit der beginnenden Reaktion dem Bürgertum ihre Macht zeigten. Diese enge Verbindung zwischen Wählerschaft und Vertreter kann uns der Parlamentarismus nicht geben. Sie ist nur möglich im System der Arbeiterräte. Die Einrichtung der Arbeiterräte blieb vom Jahre 1905 her in den Köpfen und Herzen der russischen Arbeiter lebendig. Während des Weltkrieges spürte man in den großen Streiks in Rußland die Tätigkeit der Arbeiterräte und was war natürlicher, daß man in Rußland das System der Arbeiterräte, nachdem der Zarismus gestürzt war, auch auf die Bauern und Soldaten übertrug. Als sich die revolutionäre Welle über Oesterreich nach Westen fortsetzte und in Massenstreiks zum Ausdruck kam, da war z. B. in Oesterreich-Ungarn das erste, daß man sich die Arbeiterräte schuf. Und als der große Massenstreik im Januar 1917, von dem ich den Ausbruch der deutschen Revolution datiere, das revolutionäre Erwachen der deutschen Arbeiterschaft verkündete, da zeigte es sich auch darin, daß die deutschen Arbeiter sich gleichfalls Arbeiterräte wählten. Die Idee der Räte hatte sich auch in den Köpfen der deutschen Arbeiter einen Platz gesichert, und so war es natürlich, daß im November 1918, als nach dem Zusammenbruch des alten Systems die politische Macht in die Hände der Arbeiter und Soldaten übergegangen war, als Ausdruck ihres Willens Arbeiter- und Soldatenräte gebildet wurden. Wenn heute Nachrichten bekannt werden, daß auch in den Ländern der Entente Arbeiter- und Soldatenräte gebildet werden, so ist das ein Beweis dafür, daß auch dort der Gedanke des Räteystems Fuß gefaßt und Platz bei den Arbeitern gefunden hat.

Nachdem der erste Rätekongreß die politische Macht aus den Händen gegeben hatte, waren die Arbeiterräte vorläufig erledigt. Ich habe oft gesagt, wenn die Arbeiter- und Soldatenräte als politischer Faktor erledigt sind, daß dann auch die Arbeiterräte in den Betrieben ihrer eigentlichen Bedeutung entleert seien und die Rolle der alten Betriebs-Ausschüsse einnehmen würden. Das ist heute eingetroffen. Welche Bedeutung haben denn noch die Arbeiterräte? Die Nationalversammlung hat eine ebenso bezeichnende wie klare Antwort gegeben. Es hat erst der großen Streiks bedurft, um die Regierung zu bewegen, eine Vorlage herauszugeben, nach der die Arbeiterräte in der Verfassung verankert werden sollen. Wie wird diese Vorlage aussehen, wenn sie die Nationalversammlung passiert hat?

Die Sozialisierung ist unser Ziel. Wir ziehen jetzt an vielen Orten mit Mehrheiten in die Stadtverwaltung ein und wollen unserm Programm gemäß zu sozialisieren und zu kommunalisieren beginnen. Dabei stoßen wir auf den Sozialisierungsentwurf der Regierung, nachdem der Sozialisierungsumfang der Kommunen wie der Einzelstaaten vom Reich geregelt wird. Was da zu sozialisieren übrigbleibt, können wir uns denken. Ich wenigstens bin immer sehr mißtrauisch, wo die Kapitalisten ihre Hände im Spiel haben,

und da sie im Reiche den politisch maßgebendsten Einfluß haben, kann ich mir schon denken, daß sie ihre ganze Macht gegen die Sozialisierung aufbieten werden.

Wir haben jetzt die Anerkennung der Arbeiterräte in den Betrieben, und müssen uns fragen, welche Aufgaben haben sie zu erfüllen? Sie müssen die Kontrolle über die kapitalistischen Betriebe übernehmen. Schon heute, wo sie nicht sozialisiert sind; denn wir müssen sehen können, wo man sozialisieren kann. Und die Arbeiterräte müssen die Verwaltungstätigkeit in den Betrieben erlernen. Wenn sie heute keinen großen Einfluß haben, so kommt es mir doch darauf an, daß die Idee der Arbeiterräte überhaupt lebendig bleibt, denn ohne Arbeiterräte gibt es keine Sozialisierung. Wenn die Arbeiter die Betriebe kontrollieren, dann wird es die Aufgabe der Industrierräte sein, das gleiche für die Industrie zu tun, wie des Wirtschaftsrats für die gesamte Volkswirtschaft. Nur so ist es möglich, eine Kontrolle über die gesamte Volkswirtschaft zu bekommen und die Sozialisierung vornehmen zu können.

Welche Macht die Arbeiterräte in Zukunft einmal haben werden, wird sich ja noch herausstellen. Um zum Sozialismus zu gelangen, müssen die Arbeiter die Macht des Staates in die Hand nehmen. Das ist nicht so einfach, wie man sich das ausmalt. Ich sage nicht mit Lenin, der Prozeß der kapitalistischen Entwicklung hat alle Tätigkeiten so vereinfacht, daß ein jeder sie vollziehen kann. Soweit sind wir noch nicht. Wenn heute aber die Arbeiterräte ihre Pflicht so auffassen, wie ich sie schilderte, dann ist damit die Vorarbeit geschaffen, die notwendig ist, damit die Arbeiterklasse den Staat wie die ganze Wirtschaft in die Hand nehmen kann. Ohne Vorarbeit wird uns das nie gelingen.

Die Räte hatten noch nicht die Aufgabe erfüllt, Verwaltung und Gesetzgebung in einer Hand zu halten. Sie waren oftmals genau wie die bürgerlichen, Schwachparlamente. Wir mußten diesen Prozeß durchmachen. Das Schwergewicht der Räte liegt heute, wie schon geschildert, in den Betrieben.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß bisher jede Demokratie die Diktatur einer Minderheit über eine Mehrheit gewesen ist. Die proletarische Diktatur wird eine andere sein. Sie wird die Diktatur der Mehrheit über die Minderheit. Ohne diese Diktatur kommen wir nicht zum Ziel, und wenn diese Idee heute noch immer abgelehnt wird, so wird sich die Geschichte wenig darum kümmern. Als ich am Beginn des Krieges über seinen kapitalistischen Charakter sprach, wurde auch das höhlich abgelehnt, und heute ist es Gemeingut des ganzen Volkes. Auch die Idee der Arbeiterräte wird einmal ihren Siegeszug antreten. Wenn es nicht unserer Propaganda gelingt, baldigt die Arbeiter für die Räteidee zu gewinnen, dann werden die harten Notwendigkeiten der Entwicklung die Räteidee in ihre Schädel einhämmern.

Die Aufgabe des Rätekongresses ist es nun, sich klar zu werden, wie weit die Räteidee in die Massen gedrungen ist; denn darüber müssen wir uns immer wieder klar werden, ohne die Arbeiterräte kommen wir nicht zum Sozialismus. Der kapitalistischen Demokratie müssen wir durch das System der Räte die proletarische Demokratie entgegensetzen. Das bedeutet die Diktatur des Proletariats. Ohne diese Diktatur gibt es keinen proletarischen Sozialismus. Der Kongreß hat die Aufgabe, diese Idee zu propagieren, aber wir haben sie gleichfalls.

Je mehr wir die Idee propagieren, je schneller die Arbeitermassen sie erfassen, um so mehr Glend und Not bleibt der Menschheit erspart, um so schneller kommen wir zum Ziel, zum Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Dr. Laufenberg:

Die Frage, welche Aufgabe der kommende Kongreß hat, wird man sehr verschieden beantworten, je nachdem man diesen Kongreß einschätzt. Wenn man in dem Kongreß ein Werkzeug sieht, um die Revolution nach Möglichkeit zu befähigen und die Räte abzuwürgen, dann hat er ganz andere Aufgaben, als er im Sinne derer hat, die eine Fortentwicklung der Revolution wollen. Wenn der Kongreß seine Aufgabe darin sieht, die Revolution vorwärtszutreiben, dann würde er sich zunächst auseinanderzusetzen haben mit dem Zentralrat, den der verwichene Rätekongreß eingeleitet hat. Sie alle wissen, daß dieser Zentralrat, der jetzt den neuen Rätekongreß einberuft, eines merkwürdigen Todes gestorben ist. Dieser Zentralrat hat in aller Form abgedankt. Er hat seine Macht in die Hände der Nationalversammlung gelegt, ganz entsprechend dem famosen Antrag Lüdemann, den der erste Kongreß angenommen hat. Danach sollte der Zentralrat bestehen, bis die Nationalversammlung zusammengetreten ist. Nachdem der Zentralrat nun seine Macht in die Hände der Nationalversammlung gelegt hatte, war er also überhaupt nicht mehr da. Er hatte nichts mehr zu verfügen und zu berufen. Merkwürdigerweise erwachte er plötzlich zu neuem Leben. Als die Arbeiterklasse sich rührte, als in diesen letzten Wochen jene gewaltige Streikwelle über das ganze Deutsche Reich, über die Bourgeoisie hinflutete, da besann sich auch der verstorbene Zentralrat der Aufgabe, daß es vielleicht angebracht sein könnte, einen neuen Rätekongreß zu berufen. Merkwürdig! Und noch merkwürdiger ist das Wahlverfahren, das der Zentralrat für diesen Kongreß vorschlägt. Mit welchem Recht kommt dieser abgedankte Zentralrat dazu, der Arbeiterschaft in den einzelnen Orten einen Wahlmodus vorzuschreiben, der von Anfang an die Zusammenfassung des Rätekongresses in einer ganz bestimmten Weise sichert? Glauben die Genossen, die Arbeiter, vielleicht, daß sie auf diesem Kongreß die Mehrheit bilden werden? Diese Hoffnung ist eitel und hat keine Aussicht auf Erfolg. Ich besichtige vielmehr, daß auf dem neuen Kongreß von vornherein auf Grund der Wahlordnung die Mehrheit der Bourgeoisie gesichert sein wird. Die erste Aufgabe also, die der neue Kongreß hätte, wenn er revolutionär wäre und sein könnte, wenn diese Möglichkeit nicht schon durch die Wahlordnung beseitigt wäre, würde sein, sich mit der Praxis dieses toten und wieder aufgeweckten Zentralrats auseinanderzusetzen. Denn alle Handlungen und Verfügungen dieses Zentralrates besitzen keinerlei Gültigkeit. Sie sind null und nichtig, und das von Rechts wegen.

Es ist eine Erfahrung, die uns die Vergangenheit aller Parteien lehrt, daß Elemente, die eine aufkommende Bewegung fürchten, diese Bewegung in ihrem Sinne ungunstigen versuchen, indem sie sich des grundlegenden Apparates dieser Bewegung bemächtigen und ihn in ihrem Sinne zu gebrauchen trachten. Das würde beispielsweise der Fall sein, wenn der Arbeiterschaft zwar Betriebsräte zugestanden würden, aber in den höheren Instanzen nicht Arbeiterräte konstituiert würden, sondern Arbeitsräte, das heißt Instanzen, in denen in den Hauptsachen die Unternehmer und die Unternehmer-

organisationen die erste Geige spielen, in denen aber die Vertreter der Arbeiter selbst das fünfte Rad am Wagen bilden. Es wäre etwa so, als ob man in diesem neuen Gebäude der Arbeiterschaft den Keller einräumt; im Parterre aber und in den bequemen oberen Stagen sitzt die Bourgeoisie und leitet das Ganze in ihrem Sinne. Auch die Räteverfassung ist an und für sich kein Wunderkraut, das schon aus sich, aus der bloßen Tatsache seines Daseins heraus die Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft verbürgt und sichert. Es kommt auch hier darauf an, wer die Verfassung anwendet und die ausschlaggebenden Stellen in der Hand hat und besetzt. Wer sie in der Hand hat und besetzt, beherrscht damit die Räteverfassung. Ist es die Bourgeoisie, dann herrscht eben sie durch die Räte und nicht die Arbeiterklasse.

Eine weitere Aufgabe des Kongresses wäre die Auseinandersetzung mit der Regierung, die augenblicklich antizipiert. Sie alle wissen, daß sie einen breiten Pakt mit der Bourgeoisie geschlossen hat, entsprechend den Mehrheitsverhältnissen, wie sie in der Nationalversammlung bestehen. Die Nationalversammlung hat nicht ergeben, was die Arbeiterschaft sich davon versprach. Entsprechend der Mehrheit des Parlaments setzt sich die Regierung zusammen, und wer wollte die kühne Behauptung wagen, daß die Arbeiterklasse das Heft in Händen hat? In Wirklichkeit liegt die volle Macht bei der Bourgeoisie. Das tritt zwar nicht offen und unverhüllt in die Erscheinung; aber an den Resultaten, die bisher die Regierungstätigkeit gezeitigt hat, ist es deutlich zu erkennen.

Ich will nicht eingehen auf die Erneuerung der Heeresverfassung, indem die Regierung auf die Splitter des alten Heeresapparates zurückgriff, um daraus einen neuen Heeresapparat zusammenzuflicken, der dem alten Apparat ähnelt wie ein Ei dem andern. Ich will nicht eingehen auf jene sogenannten Zugeständnisse der Reichsregierung aus den letzten Tagen. Ich habe ja vorhin schon einleitend auf einiges hingewiesen, was darauf Bezug hatte, in den Bemerkungen über die Räte. Denn das, was ich dort skizzierend andeutete, ist gerade das Prinzip der Regierung: Unten Betriebsarbeiterräte, oben aber und fast dort, wo die Entscheidung der Dinge liegt, Arbeitsgemeinschaften, die dem Unternehmertum das Feld frei und offen halten. Ich will nicht eingehen auf das völlig inhaltslose Sozialistengesetz, das, soweit es einen Inhalt hat, nur Sätze ausdrückt, die schon im bürgerlich-kapitalistischen Recht enthalten sind. Ich will nicht eingehen auf die Sozialisierung selbst, die man schon damit begonnen glaubt, daß das Kohlenyndikat verstaatlicht und der Kohlenhandel den Behegengewaltigen aus der Hand genommen wird. Wie die Räteverfassung durchaus im Sinne der Bourgeoisie wirken würde, wenn die Räte so zusammengesetzt sind, daß in ihnen die Bourgeoisie den entscheidenden Einfluß ausübt, genau so kann der Staatsapparat im Sinne der Bourgeoisie weiter funktionieren auch in einer Republik, die sich eine sozialistische nennt. Es kommt darauf an, in wessen Sinne und für wen sozialisiert wird. Schließlich ist ja auch der Staatskapitalismus eine Form der Sozialisierung, und unter Umständen eine für die Unternehmer sehr profitliche.

Und wie mit der innern Politik, so würde sich der neue Kongress auch auseinandersetzen haben mit der äußeren Politik der Regierung. Es wird wohl niemand behaupten, daß auf dem Gebiete der auswärtigen Politik die Regierung irgendwelche Erfolge erzielt hätte. Es war ein verhängnisvoller Irrtum jener Glaube, daß sich mit

der Entente zu einer Verständigung kommen läßt, die uns Luft und Raum zum Leben gewährt. Die Entente will und muß wollen die Vernichtung Deutschlands als Industriestaat. Darüber muß Klarheit bestehen. Man frage sich nur, wie das Verhältnis zwischen der deutschen und französischen Industrie sein würde, wenn der Friede geschlossen ist. Kürzlich wurde im französischen Senat darauf hingewiesen, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs 75 Milliarden kosten würde. Frankreich ist durch den Krieg zum mindesten in gleich schwere Mitleidenschaft gezogen wie Deutschland. Seine Kohlengruben sind aus der Produktion zunächst so gut wie ausgeschaltet. Eisenerzlager größeren Umfanges besitzt es nicht. Wird auf der Grundlage des Territorialbestandes vor dem Kriege Frieden geschlossen, so wird die deutsche Industrie der französischen überlegen sein und sie sofort erdrücken. Das gibt natürlich die Entente nicht zu. Es ließe sich noch eine ganze Reihe von Umständen heranziehen, auf Grund deren die Entente Deutschland als Industriestaat nicht wieder hochkommen lassen wird. Einen Frieden, der der deutschen Industrie, dem deutschen Großkapitalismus wieder Licht und Luft gewährt, wird die Entente nicht geben. Angesichts dieser Situation gab es nur einen Weg, und der war, daß die deutsche Regierung kurz und entschlossen ihren Anschluß an die Arbeiterrepublik des Ostens, an Rußland vollzogen hätte. (Sehr richtig!) Es gibt auch jetzt hier nur ein Entweder-Oder. Wer sich fragt, ob das Bestreben, sich mit der Entente auseinanderzusetzen, von Erfolg gekrönt sein wird, muß die Frage glatt verneinen.

Es heißt ja heute, daß uns 250 000 Tonnen Lebensmittel zugesagt worden sind. Was heißt das? Diese Tonnenzahl macht knapp ein Viertel dessen aus, was wir nach der Statistik der Reichsregierung selber nötig gebrauchen, um existieren zu können. Eine Nation von 250 000 Tonnen reicht höchstens aus, Deutschland wieder als Agrarstaat einzurichten; der Industriestaat Deutschland kann damit nicht in Gang gesetzt werden. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als eine Organisierung der Auswanderung im großen Stil, und das eben will die Entente. Man will kein großindustrielles Deutschland mehr. Kommen noch die Provinzen Deutsch-Oesterreichs hinzu, so würde Deutschland Frankreich gegenüber sofort wiederum eine militärische Gefahr darstellen, wenn in Deutschland kapitalistische Verhältnisse bestehen bleiben, und daß hier privatwirtschaftliche Verhältnisse fortbestehen, damit rechnet ja die Entente. Sie will eine Herabdrückung des Großvolkes von 70 Millionen auf ein Volk im Range des französischen. Das ist das Ziel dieser Politik, die vom Standpunkte der imperialistischen Entente ganz konsequent ist. Was die Entente bisher tat, deutet alles in dieser selben Richtung hin und es hat keinen Zweck, an Hoffnungen festzuhalten, die sich nicht erfüllen werden, weil sie sich nicht erfüllen können. Das wäre also die zweite Aufgabe des Kongresses: sich mit der Regierung auseinanderzusetzen. Eine dritte wäre die Auseinandersetzung mit der Nationalversammlung.

Noch immer besteht in weiten Kreisen auch der Arbeiterschaft die Auffassung, daß der Arbeiterklasse geholfen werden könne mit Mitteln der bürgerlichen Demokratie. Man dürfe nicht sündigen gegen den Geist der Volksmehrheit, die Volksmehrheit müsse entscheiden. Die Begriffe Demokratie und Volk dienen heute zur Verschleiерung der Tatsache, daß in Deutschland erneut die Bourgeoisie zur Herrschaft gekommen ist. Und doch sollten die Erfahrungen,

die wir gemacht haben, der Umstand, daß die Arbeiterklasse bis heute nicht ein einziges großes Klasseninteresse wirklich durchsetzen, im Sinne der Arbeiterrevolution verwirklichen konnte, sondern daß man ihr eine Position nach der andern wieder aus den Händen nimmt, diese unbefreitbare und von niemand bestrittene Tatsache sollte jedem die Augen darüber öffnen, welches denn nun der eigentliche Inhalt, der politische Sinn dieser demokratischen Schlagworte ist. Die bürgerliche Demokratie ist ein Herrschaftsapparat, der im Sinne einer bestimmten Klasse funktioniert. Die bürgerliche Demokratie wächst aus dem tiefsten Innern der bürgerlichen Gesellschaft als Machtapparat der Bourgeoisie hervor. Nehmen Sie die Demokratie in dem demokratischsten Lande der Welt, in Amerika! Wie wirkt sie dort? In den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts bereits, so konstatiert Engels, brachte die bürgerliche Demokratie Amerikas es dahin, daß im Parlament immer wieder zwei große Finanzoligarchen in der Regierung abwechseln. Und trotz aller feiner Demokratie hat es das amerikanische Volk bis heute nicht fertig gebracht, sich dieses Zustandes zu entledigen. Wohin Sie blicken, nirgendwo ist die Demokratie ein Herrschaftsinstrument in der Hand der Arbeiter. Überall wirkt sie im Sinne des Kapitalismus. Ein Herrschaftsapparat kann nicht wirken im Sinne einer Klasse, die der Todfeind jener Schichten ist, die diesen Apparat für ihre Zwecke erfunden und geschaffen haben. Wie der Sozialismus nicht herauswachsen kann aus dem Unternehmerprofit, so kann der Sozialismus nicht geboren werden aus dem Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie.

Die Frage heißt aber auch weiter — und die ist entscheidend: Ist die bürgerliche Demokratie instande, die Probleme zu lösen, die gelöst werden müssen, wenn wir nicht im Chaos versinken wollen? Der Augenblick kommt heran, wo Regierung und Nationalversammlung ein Budget aufstellen müssen. Der Reichschahminister Schifferer beziffert die Reichverschuldung auf 160 Milliarden Mark, wozu noch die Verschuldungen der Einzelstaaten kommen. Eine Verzinsung zu 5 pSt. ergibt 8 Milliarden; 1 pSt. Tilgung ergibt 1,6 Milliarden; dazu 3 bis 3½ Milliarden an Renten usw. für Kriegsschadigte und die Witwen und Waisen der Gefallenen. Das macht bereits rund 18 Milliarden Mark jährlich. Dazu kommen dann noch die gesamten laufenden Ausgaben, die Verzinsung und Tilgung der von Kommunen und Einzelstaaten aufgenommenen Summen. Die notwendigen Ausgaben hierfür schätzt Schifferer auf 7 Milliarden jährlich. Was in Steuern aufgebracht werden muß, beläuft sich auf mindestens 20 Milliarden Mark im Jahre, abgesehen von dem, was die Entente an Kriegsschulden von uns fordern wird. Vor dem Kriege hatte das deutsche Volk ein Jahreseinkommen von 36 Milliarden Mark, zwei Drittel also müssen von diesem Gesamtertrage der gesellschaftlichen Arbeit vorweggenommen werden, allein um die laufenden Verpflichtungen zu decken.

Ich frage: Ist es möglich, das alles zu decken, dem allem gerecht zu werden? Kann das bürgerliche Parlament die Aufgabe, die ihm hier erwächst, überhaupt lösen? Ein solcher Zustand erscheint nicht nur als Bankrott, er ist bereits der Bankrott, und der Augenblick muß kommen, wo man dieser Tatsache rückstandslos in die Augen sehen und sie offen zugeben muß. Es gibt nur einen Ausweg, nämlich den, durch alle Kriegsanleihen, durch alle öffentlichen Schulden einen dicken Strich zu machen. (Sehr richtig!) Wenn aber diese Schulden annulliert werden, dann fällt damit ein

gewichtiger Teil des Besitzes der Bourgeoisie einfach aus. Es wird ihr ein großer Teil des Besitzes einfach aus der Hand genommen, und zwar jener Teil, der nicht in Produktionsmitteln festliegt, sondern ihr mobiles Kapital darstellt. Das bürgerliche Parlament vermag diese Situation nicht zu meistern.

Bleibt eine kapitalistische Ordnung bestehen, so erhebt sich die Frage, wie dann diese Ausgaben aufgebracht werden sollen. Kapitalismus heißt Unternehmerprofit, heißt Bezahlung aller Ausgaben aus dem, was die Arbeiterklasse der Bourgeoisie erarbeitet. Man mache noch so schöne Vermögenssteuern und Einkommenssteuern; das, wovon der Kapitalismus sie zahlt, ist der Mehrwert, der Wert der Arbeit der Arbeiterklasse über die Kosten ihres Unterhaltes. Und nun frage ich, wenn von dem Einkommen des deutschen Volkes zwei Drittel vorweggenommen werden für Ausgaben und Steuern, auf welches Niveau soll dann die Arbeiterklasse herabgedrückt werden? Das durchzuführen, ist einfach unmöglich. Die Arbeiterklasse wird sich nicht, kann sich nicht auf solche Experimente einlassen. Was erfolgt, wenn die Wiederaufrichtung des Kapitalismus versucht wird, das zeigt ja die große Streitmelle, die jetzt durch Deutschland geht, und die nur die notwendige Folge der Tatsache darstellt, daß der Versuch, kapitalistische Verhältnisse wieder aufzurichten, unternommen wird. Der Kapitalismus ist durch den Krieg und seine Folgen politisch und wirtschaftlich zur Unmöglichkeit geworden.

Die Nationalversammlung ist ebensowenig wie die Reichsregierung in der Lage, die Situation zu meistern und die Probleme zu lösen, die gelöst werden müssen. Damit ist die Frage erledigt, für was wir uns zu entscheiden haben: ob für bürgerliche Demokratie oder proletarische Diktatur. Ist die Bourgeoisie, der Kapitalismus, nicht fähig, die Aufgaben zu meistern und zu lösen, dann bleibt nichts anderes übrig, als den andern Weg zu gehen, den Weg der proletarischen Diktatur, den Weg der Herrschaft der Arbeiterklasse. Und wie dürfte sich die Bourgeoisie darüber beklagen. Es widersprechen ihr nur die Folgen ihrer Taten. Nicht die Arbeiterklasse trägt Schuld an dem Kriege, und nicht sie brach zusammen, sondern die Bourgeoisie. Wer uns einmal das Dach über dem Kopfe angezündet hat, darf sich nicht wundern, wenn man ihn nicht mehr an die entscheidenden Stellen heranläßt, wenn man ihm sagt: „Du bist ein gemeingefährlicher Bursche, dich wollen wir nicht mehr in unsern Geschäften haben.“ Das ist ein einfacher Standpunkt und ein selbstverständlicher dazu.

Räteverfassung heißt Kontrolle, Verwaltung, Regiment über die Produktionsmittel im kleinen wie im ganzen. Es heißt proletarische Diktatur, die Besitzergreifung von dem Machtapparat und den Produktionsmitteln der Gesellschaft. Die Räteverfassung stellt einen neuen gewaltigen Gesellschaftsgedanken dar; so wie bisher der bürgerliche Staat ruhte auf der politischen Gemeinde, so soll der sozialistische Staat ruhen auf der korporativen Vereinigung aller an derselben Produktionsstätte Tätigen, ein Prinzip, das allerwärts aus dem gleichen wirtschaftlichen Untergrunde hervordrückt, sich auf der ganzen Erde in gleicher Weise entfaltete und vorwegnimmt die internationale Solidarität der Arbeiterklasse. Die Verwirklichung und Grundlegung dieser internationalen Solidarität in den Erscheinungen der Produktion selbst — das ist der gewaltige und schöpferische Gedanke des Räteystems, und eben deswegen schlägt er die Brücke zur Gesellschaft der Zukunft, zum Sozialismus.

Es ist daher wohl begreiflich, wenn das Bürgertum gerade diejenigen, die die Vertreter des Rätegedankens sind, am tiefsten haßt, wenn es sie verleumden und beschimpfen läßt in jeder Weise und mit allen Mitteln, wenn es ihnen Greueltat über Greueltat an die Rockscheibe hängt. Das Rätesystem ist der praktische Versuch, den Sozialismus in die Tat umzusetzen. Es geht dem Geldbeutel der reichen Leute dabei an den Kragen. Wie das Werk unserer großen Meister Marx und Engels darin bestanden hat, den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft zu führen, so geht die Revolution dazu über, den Sozialismus in die Tat umzusetzen. (Beifall.) Und diese Tat ist zunächst die Räteverfassung. Was Wunder also, wenn die Bourgeoisie auch dieses System wie seine Wortführer haßt wie Pech und Schwefel und, wenn sie es nicht mehr abwürgen kann, es zu verfälschen sucht, um es im eigenen Interesse zu mißbrauchen. Der Lügenfelzbug erinnert an den Herbst 1914. Damals gegen den Leninismus, heute gegen den Bolschewismus, und in beiden Fällen sind es die gleichen Macher.

Ich habe versucht, mit wenigen Worten darzustellen, welche Aufgabe der Kongreß hätte, wenn er ein revolutionärer Kongreß wäre und sein könnte. Aber der Kongreß wird kein revolutionärer sein auf Grund des Wahlverfahrens, das ihm zugrunde liegt, sondern ein konterrevolutionärer. Die Aufgabe der Vertreter der Arbeitersache ist damit gegeben. Sie besteht darin, den Rätegedanken in immer weitere Kreise der Arbeiterschaft zu tragen, auch diesen Kongreß auszunutzen für die Propaganda des Rätegedankens, um sie in der Masse und damit in der lebendigen Wirklichkeit der Revolution zu verankern. Die Diktatur der Arbeiterklasse ist eine unausweichbare Notwendigkeit; sie kommt. Aber sie kann nur dann mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden, wenn sie die Diktatur der Mehrheit der Arbeiterklasse und nicht die einer Minderheit ist, die gleichzeitig versucht, neben der Bourgeoisie auch der großen Masse der Arbeiterschaft ihren Willen aufzuzwingen. Und das wichtigste Mittel, die Diktatur der Arbeiterklasse zu erreichen und nötigenfalls zu erzwingen, ist die Waffe des Streiks, nicht jene Heeresplutier des alten militärischen Apparats. (Sehr richtig!) Darum müssen wir Aufklärung schaffen, Propaganda treiben, eine Politik verfolgen, die im Sinne der Zukunft der Arbeiterklasse liegt, die sie vorwärtsstößt auf dem Wege des revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus, die ihr den Weg ebnet, um die Herrschaft in die eigenen Hände zu nehmen. Die Aufgabe der revolutionären Vertreter der Arbeiterklasse auch auf diesem Kongreß klingt aus in ein einziges Wort: Vorwärts! (Lebhafte Beifall.)

Genosse Stubbe:

Ich will mich wegen der vorgerückten Zeit auf einige kurze Bemerkungen beschränken. Die ersten Wahlen, die nach der Revolution in einigen deutschen Bundesstaaten stattfanden, gaben zu den besten Hoffnungen Anlaß. Wenn die Wahlen zur Nationalversammlung schlechter ausgefallen sind, so ist das auf besondere Umstände zurückzuführen. Ich bin der Überzeugung, wäre das deutsche Proletariat geschlossen in den Wahlkampf getreten, daß dann der Ausgang der Wahlen bedeutend besser gewesen wäre. Ob wir eine Mehrheit errungen hätten, will ich dahingestellt sein lassen, aber die Spaltung der Partei hat wesentlich zu dem unbefriedigten Ausfall der Wahlen beigetragen. Darüber kann kein Zweifel bestehen.

Der Genosse Nieper betonte besonders, daß Staatsbetriebe noch keine Sozialisierung bedeuten. Die Arbeiterschaft habe auf sie keinen Einfluß. Das trifft zu, solange nicht die Sozialdemokratie, sondern der Kapitalismus die Macht in Händen hat. (Lachen.) Ja, leider haben wir die Macht noch nicht. Aber von dem Augenblick an, wo wir die Macht besitzen, werden wir auch die Staatsbetriebe in unserm Sinne gestalten. Deshalb ist es nicht richtig, einfach zu sagen, Staatsbetriebe seien mit der Frage der Sozialisierung nicht zu verwechseln. Es ist doch ein großer Schritt zur Sozialisierung, wenn Privatbetriebe in Staatsbesitz übergehen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, von heute auf morgen alle Betriebe zu sozialisieren. Dafür können nur die Betriebe in Betracht kommen, die dazu reif sind.

Befremdet hat mich die Ausführung Niepers, daß er sagte, der Genosse Ebert bekäme als Präsident ein Gehalt von 1 Million Mark jährlich. Ich weiß nicht, was die Entschädigung mit dem Referat zu tun hat. Nicht Ebert als Person ist die 1 Million bereitwillig worden, sondern dem Präsidenten der deutschen Republik. Das muß hervorgehoben werden. Es wird Nieper doch auch nicht unbekannt sein, daß sozialdemokratische Staatssekretäre nicht das volle Gehalt beziehen, sondern auf einen Teil der Bezüge verzichten.

Dann hat der Genosse Laufenberg gesagt, der Kongreß könne nicht die Aufgabe haben, die Revolution zu befeitigen. Er wünschte, daß die Revolution vorwärts getrieben würde. Ich meine, diesen Wunsch haben wir alle. Es fragt sich nur, ob die Wege, die beschritten werden sollen, zu dem gewünschten Erfolg führen können. Der Weg, den Laufenberg empfohlen hat, wird nicht der richtige sein. Ich kann mir nicht denken, daß durch das Rätesystem mit der Diktatur des Proletariats es möglich sein wird, ein sozialistisches Staatswesen aufzubauen. Wichtig ist, daß man dem Kapitalismus an den Kragen gehen muß. Aber nicht mit einer Minderheit, sondern nur mit einer Mehrheit kann man das Staatswesen in ein sozialistisches umändern. Wohl kann eine Minderheit vorübergehend die Herrschaft an sich reißen; aber sie kann sie nicht auf die Dauer halten. Mit der Diktatur und der Macht der Maschinengewehre läßt sich die Herrschaft einer Minderheit nicht erhalten. (Das will ja keiner!) Genossen! Es hat doch keinen Zweck, daß Sie versuchen, einen Redner niederzuschreiben. Wir wollen doch sachlich diskutieren, um unsere Meinungen gegenseitig zu klären.

Ich kann mir nicht denken, daß die Diktatur einer Minderheit dazu führen könnte, dauernd das Staatsruder in der Hand zu behalten. Man kann doch nicht einen Teil des Volkes dauernd völlig ausschalten. Auf dem Kongreß sollen allgemeine politische Fragen gelöst werden, die für die Zukunft entscheidend sind, deshalb ist auch eine Beschickung notwendig. Die Wahl der Delegierten hat nach einem demokratischen Wahlrecht zu erfolgen. Ich glaube nicht, daß auf dem Kongreß eine Mehrheit des Bürgertums zu befürchten sein wird. Nach den Vorschriften, wie die Wahlen vorzunehmen sind, ist das ausgeschlossen. Als Grundsatz muß auf dem Kongreß gelten: Nicht die Diktatur darf herrschen, sondern die Demokratie.

Genosse Nieper (Schlußwort):

Ich muß mich im Schlußwort kurz fassen und will deshalb nur ein paar Gedanken aus der Debatte behandeln. Wenn der Genosse Laufenberg die Forderung aufstellte, die Kriegsanleihen müssen

annulliert werden, so muß man diese Forderung einmal einer genauen Prüfung unterziehen. Wir müssen untersuchen, in wessen Händen sich heute die Kriegsanleihen befinden. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß sie längst nicht mehr in den Händen der Reichen stecken, sondern zum größten Teil sich im Besitz der kleinen Leute befinden. Wir würden mit der Annullierung der Anleihen also im wesentlichen diese kleinen Leute treffen, während die Reichen wiederum einmal Gelegenheit gehabt haben, ihr Schäfchen ins trockne zu bringen. Jedenfalls muß diese Frage einmal gründlich geklärt werden. So ohne weiteres kommen wir durch die Annullierung aus dem Chaos nicht heraus. Was wir aber wollen, ist, daß wir den Kapitalismus an den Geldbeutel gehen. Das ist ernsthaft nur möglich durch die Kontrolle der Arbeiterräte.

Doch noch ein paar Worte zu der Frage der Gewalt. Wir wollen nicht eine Diktatur der Minderheit mit Waffen, sondern die Diktatur der Mehrheit mit Waffen aufrechterhalten. Wir brauchen keine Waffen, wir haben die wirtschaftliche Macht und können durch die Waffe des Massenstreiks mehr erreichen, als durch die barbarischen Gewaltmittel. Wenn wir die politische Macht besitzen, wollen wir die Waffen nur deshalb in unsern Händen haben, nicht, um auf das Bürgertum loszuschlagen, sondern um eine Gewähr dafür zu haben, daß das Bürgertum und seine Kreaturen mit diesen Waffen keinen Unfug treiben und kein Unheil anrichten können. Deshalb die Forderung: Die Waffen in die Hände der sozialistischen Arbeiter. So also sieht die Diktatur der Mehrheit des Proletariats aus.

Der Genosse Stubbe machte mir zum Vorwurf, daß ich Ebert wegen seines Gehalts angegriffen hätte. Sachlicher hätte ich diese Frage doch nicht behandeln können. (Sehr richtig!) Ich habe doch nur erklärt, daß es mir völlig gleichgültig ist, ob Haase oder Ebert eine Million bekommt, und diese Tatsache nur deshalb erwähnt, um zu zeigen, daß wir uns noch in einer kapitalistischen Gesellschaft befinden.

Ich schaue nicht so pessimistisch in die Zukunft wie der Genosse Laufenberg. Darüber bin ich mir klar, daß auch diesmal eine lange Zeit vergehen wird, bis das Proletariat erkannt hat, daß das Räteystem eine Notwendigkeit für den Sozialismus ist. Ich sage aber trotzdem, wir müssen versuchen, der Arbeiterschaft immer und immer wieder vor Augen zu führen, daß nur das Räteystem uns zum Sozialismus führen kann. Das Räteystem zu propagieren, für die Räteidee unsere Agitation zu entfalten, das ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir in der Arbeiterbewegung in der Zukunft haben. Je schneller es uns gelingt, die Idee der Arbeiterräte in die Massen zu bringen und sie damit zu erfüllen, um so schneller kommen wir zu einem Zustand der Freiheit und des Glückes, zu einem Zustand ohne Diktatur, ohne Maschinengewehre und Minenwerfer, zu einem Zustand, in dem nicht mehr die toten Gegenstände die Menschen beherrschen, sondern der Geist zum Herrscher über die gesellschaftlichen Verhältnisse wird, zum Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

AKC-3520